



Bilder: Serge Hediger

Sie alle diskutierten beim Podiumsgespräch im «Thurpark» über die eidgenössische Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer» (von links): Christoph Thurnherr (SP), Trudi Schönenberger-Hofmann (SP), Moderator Urs M. Hemm (stellvertretender Redaktionsleiter des Toggenburger Tagblatts), Thomas Bösch (SVP) sowie Mirco Gerig (SVP).

Wie viel Durchsetzung ist nötig?

Unter dem Titel «Kriminelle Ausländer ausschaffen?» führte die SVP Toggenburg am Freitag ein überparteiliches Podiumsgespräch zur Durchsetzungs-Initiative durch. Wie zu erwarten war, gingen die Meinungen weit auseinander.

SERGE HEDIGER

WATTWIL. Die Begrüssung des Publikums im Thurpark-Saal übernahm unerwartet SVP-Regierungsrat Stefan Kölliker. Der «Bildungsminister», der auch in der kommenden Amtsdauer in diesem Regierungsressort tätig sein möchte, nutzte die Gelegenheit, um den Regierungskandidaten Herbert Huser in Position zu bringen. In den nächsten 20 Jahren stünden im Kanton gewaltige Bauvorhaben mit Investitionskosten in der Höhe von rund 20 Milliarden Franken an. Als Architekt mit 40jähriger Erfahrung sei Huser zur Bewältigung dieses Volumens der richtige Bauchef, meinte Kölliker.

Zwei Pro-, zwei Kontra-Vertreter

Das Podiumsgespräch bestritten auf der Kontra-Seite Christoph Thurnherr, SP-Kantonsrat und Berufsschullehrer aus Wattwil, und Trudi Schönenberger-Hofmann, SP-Kantonsratskandidatin und Oberstufenlehrperson aus Kirchberg. Für die Initiative der eigenen Partei sprachen Mirco Gerig, SVP-Kantonsrat und Assistent Wirtschaftsprüfung aus Unterwasser, und SVP-Kantonsratskandidat Thomas Bösch, Geschäftsstellenleiter aus Ebnat-Kappel. Durch das Thema führte Urs M. Hemm, stellvertretender Redaktionsleiter des Toggenburger Tagblatts.

Vertrauen als Kern aller Voten

Das Podiumsgespräch bewegte sich inhaltlich in den Bahnen des bekannten Argumentenabtausches und -austausches. Stark rieben sich die Beteiligten an der sogenannten Härtefallklausel, mit der die Ausschaffungs-Initiative umgesetzt werden soll. Dies bedeutet, dass bei schweren persönlichen Härtefällen eine Ausnahme von der automatischen Ausschaffung gemacht werden kann. Ebenso polarisierte das Beispiel eines

Ausländers, der wegen zwei verhältnismässig geringfügiger Delikte erst die gelbe und darauf die rote Karte des Gesetzgebers gezeigt bekommt und deshalb das Land zu verlassen haben wird. Dabei immer wieder ein Stichwort: die Verhältnismässigkeit. Für die SVP-Podiumsteilnehmer

Die Frage «Wem ist in der Schweiz zu trauen?» stand hinter vielen Voten.

war klar, dass die Durchsetzungs-Initiative auch die integrierten Ausländer vor den straffällig gewordenen Ausländern schütze.

Je länger die Diskussion dauerte, umso häufiger wurden Nebenschauplätze angesprochen: das Asylwesen im allgemeinen, Sozialhilfemissbrauch, die sogenannte Masseneinwanderung, Arbeitslosigkeit und Inländervorrang, das Kopftuchverbot,

Verlust nationaler Identität, fehlende Sicherheit, ausbleibende Integration. Entsprechend häufig blieb eine abschliessende Stellungnahme aus, weil schon das nächste emotional aufgeladene Stichwort gefallen war.

Eigentlich ging es während der ganzen Podiumsdiskussion um Vertrauen – vorhandenes, erschüttertes, abhandenes gekommenes Vertrauen, wieder zu erwerbendes Vertrauen. Die Frage «Wem ist in der Schweiz zu trauen?» stand unausgesprochen hinter nahezu allen Voten. Ist dem Parlament zu trauen, dass es die Ausschaffungs-Initiative auch im Sinne des Volkes umsetzt? Ist dem Richter zu trauen, dass er geltendes Gesetz auch in gebotener Härte anwendet? Ist dem Ausländer zu trauen, dass er sich als Gast eines Landes auch als solcher aufführt? Ist der SVP zu trauen, nachdem sie die Durchsetzungs-Initiative schon auf den Weg schickte, obwohl bereits an der fristgerechten Umsetzung der Ausschaffungs-

Initiative gearbeitet wurde. Ist der SP zu trauen, die Schweizer Recht nicht als höchstes Recht betrachtet? Tatsächlich: «Die Durchsetzungs-Initiative ist ein Misstrauensvotum gegenüber unserem Parlament», sagte SVP-Kantonsrat Mirco Gerig denn auch im Laufe der Diskussion.

Markige Positionen der SP

Christoph Thurnherr griff vor dem Publikum zur Bundesverfassung: Mit 16 Worten werde darin geregelt, wann Ausländer ausgeschafft werden können. 243 Wörtern indessen umfasse die Durchsetzungs-Initiative – dieser Katalog sei einer Verfassung nicht würdig.

Trudi Schönenberger-Hofmann warf den Initianten Unehrlichkeit vor, weil mit der Durchsetzungs-Initiative die Ausschaffungs-Initiative in Teilen verschärft oder um neue Teile ergänzt worden sei.

Christoph Thurnherr kritisierte, dass mit der Initiative Menschen ausgeschafft würden, die

keinen einzigen Tag im Gefängnis verbracht hätten, und fragte mehr als einmal nach dem Menschenbild der SVP: «Warum diese Härte?»

Trudi Schönenberger-Hofmann mahnte, dass bei leichten Verstössen milde Urteile möglich sein müssten, dass die Initiative

Manchmal blieben Stellungnahmen aus, weil ein neues Stichwort gefallen war.

mit ihren Automatismen die Richter jedoch zu Statisten mache: «Das darf nicht sein.»

Markige Positionen der SVP

Thomas Bösch rief den Zuhörern die Bedeutung des politischen Systems in der Schweiz in Erinnerung: «Ein Ja zur Durchsetzungs-Initiative ist auch ein Ja zur grossartigen Errungenschaft der direkten Demokratie.»

Mirco Gerig betonte, dass das Prinzip der gelben und roten Karte, wie es die Durchsetzungs-Initiative festschreibe, der Sensibilisierung ausländischer Straftäter diene: «Das System zielt darauf ab, Wiederholungstäter zu verhindern.»

Thomas Bösch kam zum Schluss, dass die Schweiz statt einer gewünschten Zuwanderung ins Arbeitssystem eine Zuwanderung ins Sozialsystem zu bewältigen habe, und meinte mit Blick auf Arbeit und Beschäftigung: «Wer wirklich will, der hat in der Schweiz auch eine Perspektive.»

Mirco Gerig betrachtete den anstehenden Urnengang als Möglichkeit zur Korrektur: «Sicherheit und Freiheit müssen in der Schweiz wieder hergestellt werden. Dies lässt sich nur mit der Durchsetzungs-Initiative bestätigen.»

Markige Positionen im Publikum

Der Wattwiler SVP-Ortspräsident Hansueli Hofer stellte klar, dass es nicht an der Schweiz sei, Ausländer zu integrieren, sondern dies deren Aufgabe sei. «Sich nicht zu integrieren zeugt von Respektlosigkeit.»

Der Kirchberger Donat Ledergerber, alt Kantonsrat der SP, wollte wissen, wie die SVP damit umgehe, dass alle wichtigen Rechtsprofessoren der Schweiz die Durchsetzungs-Initiative ablehnten. Die Frage blieb unbeantwortet.

Andere SVP-Wähler im Publikum warnten vor einem Identitätsverlust, mahnten eine Erziehung ausländischer Einwohner zu christlichen Werten an oder verlangten, die Schweiz habe als Staat wieder Herr im eigenen Haus zu werden.

Das Schlusswort ergriff Bruno Facci, Kreisparteipräsident der SP, der zur SVP meinte: «Denken Sie auch an jenen Teil des Volkes, der anders wählt und abstimmt. Auch er gehört zum Volk.»

Abstimmung Worum geht es bei der Durchsetzungs-Initiative?

Am 28. Februar 2016 stimmen Volk und Stände über die eidgenössische Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungs-Initiative)» ab. Die Initiative verlangt, dass noch einmal über die Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer abgestimmt wird.

Die Initianten wollen damit ihre Vorstellung davon durchsetzen, wie die 2010 angenommene «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungs-Initiative)» umzusetzen sei. Das Parlament hat diese Umsetzung inzwischen aber beschlossen und die Gesetze ver-

schärft. Die Durchsetzungs-Initiative verlangt, dass ausländische Personen automatisch aus der Schweiz ausgewiesen werden, wenn sie bestimmte Straftaten begangen haben. Wie schwer die Tat war und wie hoch die Strafe ausfällt, soll dabei ebenso wenig eine Rolle spielen wie andere Umstände. Bundesrat und Parlament empfehlen, die Durchsetzungs-Initiative abzulehnen. Der Nationalrat hat die Initiative mit 140 zu 57 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt, der Ständerat mit 38 zu 6 Stimmen ohne Enthaltung. (pd/hed)

www.admin.ch



SVP-Regierungsrat Stefan Kölliker übernahm die Begrüssung.